

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe** in der  
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 15 · 5. Dezember 2006 · [www.cducusu.eu](http://www.cducusu.eu)



## Werner Langen neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP

Der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe, Dr. Werner Langen, ist zum neuen Vorsitzenden der mit 49 Abgeordneten größten nationalen Delegation im Europäischen Parlament gewählt worden. In seinem Amt als Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe bestätigt wurde Markus Ferber (CSU), der auch der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament vorsteht. (Siehe S. 2)

### Inhalt

Neuer Gruppenvorstand  
Seite 2

EVP-ED-Kandidat  
für EP-Präsidentenamts  
Seite 3

Rolf Berend:  
Jugend-Politik  
Seite 5

K. Lechner/A. Schwab:  
EU-Dienstleistungsrichtlinie  
Seite 5

## CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wählt neuen Vorstand

**D**er neu gewählte Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Dr. Werner Langen, war unter anderem Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz, stellvertretender Vor-

sitzender der CDU-Fraktion, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie CDU-Landesvorsitzender. Langen ist seit 1994 Mitglied im Europäischen Parlament und tritt mit seiner Wahl die Nachfolge von Hartmut Nassauer (CDU) an, der nicht mehr kandidiert hatte.

Als Parlamentarische Geschäftsführerin neu gewählt wurde zudem Dr. Inge Gräßle (CDU), die damit Nachfolgerin von Dr. Werner Langen in diesem Amt wird. Die CSU-Europaabgeordnete Dr. Angelika Niebler wurde als Parlamentarische Geschäftsführerin wiedergewählt. Weiterhin gehören die CDU-Europaabgeordneten Reimer Böge, Dr. Christian Ehler, Elisabeth Jeggle, Dr. Peter Liese und Doris Pack dem neuen Vorstand als stellvertretende Gruppenvorsitzende an. Als Schatzmeister wurde zudem Dr. Lutz Goepel bestätigt.

Langen und Ferber sprachen sich für eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik der CDU/CSU-Gruppe im Rahmen der EVP-ED-Fraktion als stärkste



W. Langen MdEP



M. Ferber MdEP

politische Gruppierung im Europäischen Parlament aus. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit müsse dabei insbesondere auf den Gebieten Wachstum und Beschäf-

tigung, Bürokratieabbau, einer stabilitätsorientierten Finanz- und Haushaltspolitik sowie bei der Vollendung des EU-Binnenmarkts liegen, so die beiden Vorsitzenden. „Die Bürger in den Mitgliedstaaten wollen keine Bevormundungen aus Brüssel, sondern sie erwarten, dass die Europäische Union ihre Hausaufgaben auf den Gebieten erledigt, für die sie tatsächlich zuständig ist. Sie fordern aber auch, dass die EU ihrer Verantwortung für die Zukunft gerecht wird. Dies schließt aus unserer Sicht eine klare Erweiterungsstrategie und damit die Festlegung der Grenzen Europas unbedingt mit ein“, erklärten Langen und Ferber.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden deutschen Ratspräsidentschaft müsse es jetzt darum gehen, in enger Abstimmung mit Rat und Kommission die politischen und legislativen Abläufe noch besser mit einander zu verzahnen und zu optimieren. „Die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden hat



deutlich gemacht, dass sich die Europäische Union derzeit in einer institutionellen Krise befindet. Diese muss spätestens bis zu den nächsten Europawahlen im Juni 2009 bewältigt sein. Wir wollen deshalb die jetzt durch eine unionsgeführte Bundesregierung in

Berlin und durch eine christdemokratisch geführte Kommission bestehende Konstellation nutzen, um diese schwierige Aufgabe zu bewältigen und damit auch deutschen Interessen zu dienen“, betonten Langen und Ferber abschließend.

## Hans-Gert Pöttering zum Kandidaten für Amt des Parlamentspräsidenten nominiert

Als beeindruckenden Vertrauensbeweis haben die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe, Werner Langen (CDU) und Markus Ferber (CSU), die einhellige Nominierung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering (CDU), zum Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten in Straßburg bezeichnet.

„Hans-Gert Pöttering wurde zum Kandidaten der EVP-ED-Fraktion für dieses Amt nominiert. Die Tatsache, dass Hans-Gert Pöttering keinen Gegenkandidaten hatte und einstimmig durch die gesamte Fraktion nominiert wurde, spricht für ihn“, erklärten Langen und Ferber in Straßburg.

Die Nominierung Pötterings zum Kandidaten der mit 264 Abgeordneten größten Fraktion im Europäischen Parlament war auf einen entsprechenden Vorschlag der CDU/CSU-Gruppe



Hans-Gert Pöttering

zurückgegangen. „Es ist ausgesprochen erfreulich, dass alle 25 nationalen Delegationschefs unserem Vorschlag ebenso wie die Fraktionsgremien vorbehaltlos gefolgt sind“, sagten die Gruppenvorsitzenden weiter.

Die turnusmäßige Wahl des neuen Parlamentspräsidenten findet am 16. Januar 2007 in Straßburg statt. Er wird bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Sommer 2009 amtieren. „Wir sind überzeugt davon, dass Hans-Gert Pöttering alle notwendigen Voraussetzungen für eine starke Präsidenschaft mitbringt. Sein erklärtes Ziel, die legislativen Rechte des Europäischen Parlaments auszubauen und Europa den Menschen wieder näher zu bringen, unterstützen wir voll und ganz“, betonten Langen und Ferber abschließend.

Pöttering, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 angehört, ist seit 1999 Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion. In dieser Funktion hat er sich insbesondere für

die institutionelle Entwicklung der Europäischen Union und die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlamentes sowie für den Beitritt der jungen Demokratien aus Mitteleuropa eingesetzt.

ROLF BEREND:

## Stärkeres Engagement für junge Europäer

NEUES EU-JUGENDPROGRAMM „JUGEND IN AKTION“

**D**as Europäische Parlament hat grünes Licht gegeben für das neue EU-Jugendprogramm „Jugend in Aktion“. Das Programm für den Zeitraum 2007 bis 2013 ist einfacher und flexibler angelegt als sein Vorläufer, es steht einer größeren Zahl von Partnerländern offen und ist mit einem Budget von 885 Mio. Euro ausgestattet. Zielgruppe sind junge Menschen im Alter von 15 bis 28, wobei einige spezifische Maßnahmen auch die Altersgrenzen 13 bzw. 30 akzeptieren.

Das Programm „Jugend in Aktion“ unterstützt Projekte im Rahmen von fünf Aktionsbereichen:

- Jugend für Europa (30% der Finanzmittel): Ziel dieser Aktion ist die Entwicklung des aktiven Engagements junger Menschen durch die Unterstützung von Austausch, Mobilität und Initiativen junger Menschen sowie ihrer Projekte.
- Europäischer Freiwilligendienst (23% der Finanzmittel): Diese bekannte Ak-



Rolf Berend MdEP

tion, die im Dezember ihr zehnjähriges Jubiläum feiert, wird im Rahmen des neuen Programms „Jugend in Aktion“ fortgesetzt. Sie zielt darauf ab, die Solidarität der jungen Menschen, ihren aktiven Bürgersinn sowie das gegenseitige Verständnis zu fördern. Der europäische Freiwilligendienst wird im Rahmen in-

dividueller oder kollektiver Projekte durchgeführt und soll den jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihrem persönlichen Engagement Ausdruck zu verleihen, sie aber gleichzeitig in Solidaritätsmaßnahmen der Union einbinden.

- Jugend für die Welt (6% der Finanzmittel): Eine Aktion, die die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und das aktive Engagement der Jugendlichen – im Geiste der Öffnung gegenüber der Welt fördern soll. Die Aktion ermöglicht die Öffnung des Programms für Projekte mit den Nachbarländern des erweiterten Europas.



■ Jugendbetreuer und Unterstützungssysteme (15% der Finanzmittel): Diese Aktion unterstützt auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätige Einrichtungen und trägt bei zur Entwicklung sowohl von Austausch-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen für Jugendbetreuer, als auch von Projekten zur Stimulation von Innovation und Qualität sowie von Partnerschaften mit regionalen oder lokalen Stellen.

■ Förderung der politischen Zusammenarbeit (4% der Finanzmittel): Ziel der Aktion ist die Kooperation der Entscheidungsträger im Bereich der Jugendpolitik zu stärken und die jungen Menschen auf die Teilnahme am demokratischen Leben vorzubereiten. Ferner werden im Rahmen dieser Aktion Strukturen zur Repräsentation junger Menschen in ganz Europa entwickelt. Des Weiteren geht es um die Unterstützung des strukturierten Dialogs zwischen den jungen Menschen

und den für Jugendpolitik Verantwortlichen sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisation, um die Diskussion und Reflexion über EU-Aktivitäten für junge Menschen zu fördern.

Das neue Jugendprogramm richtet sich an fast 170 Mio. junge Bürgerinnen und Bürger – immerhin 20% der europäischen Bevölkerung. Es soll junge Menschen zur Zusammenarbeit ermutigen und neue gemeinsame Projekte zur Bewahrung der Kulturen verwirklichen. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Europäischen Union soll gestärkt und der soziale Zusammenhalt sowie der interkulturelle Dialog sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union gefördert werden.

Junge Menschen sollen mit diesem Programm motiviert werden, sich stärker zu engagieren. Das Programm gibt ihnen die Möglichkeit, eine aktive Rolle beim Aufbau Europas zu übernehmen.

KURT LECHNER/ANDREAS SCHWAB:

## Klare Mehrheit im Plenum für EU-Dienstleistungsrichtlinie

EUROPÄISCHES PARLAMENT SCHLIEßT ZWEITE LESUNG ZUR ÖFFNUNG DER EU-DIENSTLEISTUNGSMÄRKTE AB

**Z**ufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung über die EU-Dienstleistungsrichtlinie haben sich die CDU-Europaabgeordneten Kurt Lechner und Andreas Schwab in Straßburg gezeigt. „Mit dem Abschluss der zweiten Lesung hat das Europäische Parlament seine

Handlungsfähigkeit im Sinne der europäischen Bürger, aber auch gegenüber Rat und Kommission nachdrücklich unter Beweis gestellt. Entscheidend ist dabei, dass wir einen vernünftigen Kompromiss zwischen der notwendigen Öffnung der EU-Dienstleistungsmärkte und

den berechtigten Schutzinteressen der europäischen Arbeitnehmer und Verbraucher finden konnten“ erklärten Schwab und Lechner nach der Abstimmung.



K. Lechner MdEP



A. Schwab MdEP

leistungen liegt nun bei den Mitgliedstaaten. Sie müssen den mit der Richtlinie gesetzten Rahmen jetzt umsetzen.“

Angesichts des schwierigen Kompromisses ist es besonders

Lechner, der das

Dossier für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament betreut, bezeichnete es als besonders positiv, dass es gelungen sei, den weitgehend auf der ersten Lesung des Parlaments basierenden Gemeinsamen Standpunkt des Rats ohne gravierende Änderungen und vor allem ohne Vermittlungsverfahren zu verabschieden. Schwab, stellvertretender Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Binnenmarktausschuss, betonte in der abschließenden Plenardebatte aber auch, dass es jetzt ganz entscheidend darauf ankomme, die erforderliche Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten genauestens zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. „Die eigentliche Aufgabe zur Schaffung des Binnenmarkts für Dienst-

erfreulich, dass wir im Binnenmarktausschuss und bei den abschließenden Plenarabstimmungen immer eine klare Mehrheit insbesondere unter Beteiligung der Liberalen aber auch in Kooperation mit erheblichen Teilen der Sozialdemokraten organisieren konnten“, so Lechner und Schwab. Zum historischen Durchbruch bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie haben alle Beteiligten konstruktiv beigetragen. Entscheidend sei nunmehr, dass der Weg in den Binnenmarkt für Dienstleistungen von den Mitgliedstaaten auch wirklich beschritten wird und die noch bestehenden, kürzlich in einer Studie des Breughel-Instituts nachgewiesenen „mentalen“ Barrieren mittelfristig abgebaut werden.

## Kulturausschuss erzielt Durchbruch bei der EU-Fernsehrichtlinie

Zufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung über die Neufassung der EU-Fernsehrichtlinie hat sich die CDU-Europaabgeordnete und zuständige Parlamentsberichterstatterin Ruth Hieronymi gezeigt: „Mit dem im Kulturausschuss erzielten Abstimmungsergebnis ist es uns gelungen, die aufgrund der technologischen Entwicklung dringend erforderliche Revision der EU-Fernsehrichtlinie auf eine breite und gute Basis zu stellen“. Wesentlich sei dabei die Tatsache, dass Fernsehen und fernsehnähnliche Dienste auch in Zukunft nicht rein kommerziell im Sinne der E-Commerce-Richtlinie behandelt werden sollen, sondern als Kultur- und Wirtschaftsgut weiter einer speziellen Gesetzgebung in Form der EU-Fernsehrichtlinie unterliegen. Dies gelte mit der jetzigen Neufassung dann nicht mehr nur für klassische Fernsehformate, sondern ebenso für neue technische Formate wie etwa Internet-Fernsehen oder Fernsehen-on-Demand.



## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Gedenken an den Aufstand in Ungarn 1956

Mit mehreren Veranstaltungen gedachte das Europäische Parlament während seiner Plenarsitzung im Oktober des 50. Jahrestags der ungarischen Revolution von 1956. **Hans-Gert Pötering** (CDU), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, betonte in seiner Rede: „Was mit der ersten Großdemonstration in Budapest am 23. Oktober 1956 begann und mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen am 4. November 1956 endete, war eine Revolution der Freiheit.“ Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hielt anlässlich des Jahrestages eine Sondersitzung zum Gedenken an die ungarische Revolution von 1956 ab. Als Ehrengäste waren der Präsident der Europäischen Kommission, **José Manuel Durão Barroso**, sowie **Viktor Orbán**, Vorsitzender des Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) und stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, geladen. In seiner Rede betonte Orbán, dass das postkommunistische Erbe und seine Folgen auch heute noch zu spüren seien und diese Probleme nicht nur Mitteleuropa, sondern ganz Europa betreffen.

### ■ Erste Lesung des EU-Haushaltes 2007

In erster Lesung hat das Europäische Parlament über den Bericht von **James Elles** (Großbritannien) zum EU-Haushalt 2007 abgestimmt. Dabei stockte das Europäische Parlament

den vom Rat für 2007 vorgeschlagenen Haushaltsentwurf um 1,58 Milliarden Euro bei Verpflichtungsermächtigungen und um 7,4 Milliarden Euro bei Zahlungsermächtigungen auf, so dass sich die Verpflichtungsermächtigungen insgesamt auf 127,3 Milliarden Euro und die Zahlungsermächtigungen auf 122 Milliarden Euro belaufen und damit 1,04 % des Bruttonationaleinkommens entsprechen. Bei Haushaltslinien, die zu politischen Prioritäten der EU erklärt wurden, erfolgte eine Anhebung der Mittel für Zahlungen, um die Umsetzung der jeweiligen Programme zu verbessern. Die EVP-ED-Fraktion unterstützte einen Änderungsantrag im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie, der zusätzliche Mittel für Förderprogramme in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, lebenslanges Lernen, Sicherheit und Weltraumforschung vorsieht. Zudem konnte die EVP-ED-Fraktion durchsetzen, dass die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen zusätzliche Gelder in Höhe von 14 Millionen Euro erhielt.

### ■ Europäisches Parlament befasst sich mit Giftmüllskandal in Afrika

Der Skandal um die illegale Verbringung von gefährlichem Giftmüll von Europa in die Elfenbeinküste war auch Thema der Plenartagung des Europäischen Parlaments. Im Namen der EVP-ED-Fraktion erklärte **John Bowis** (Groß-

britannien): „Wir wollen eine sichere Entsorgung, keine Verschickung von Giftpaketen“. Er bezog sich auf den Fall eines in Panama registrierten griechischen Tankers, der von einem niederländischen Unternehmen gechartert worden war. Das Schiff brachte 500 Tonnen Chemieabfälle in die Elfenbeinküste, die an 15 verschiedenen Stellen rund um die 5-Millionen-Stadt Abidjan abgeladen wurden. Nach Angaben der Vereinten Nationen fanden 12 Menschen den Tod, etwa 104 000 mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. Das Parlament forderte deshalb die Kommission auf, Legislativvorschläge im Hinblick auf die Beseitigung der Schlupflöcher in den derzeitigen Regelungen über gefährliche Abfälle vorzulegen, um dadurch den Verbringungen von Müll, Elektro- und Elektronik-Altgeräten und veralteten Schiffen in Nicht-OECD-Staaten ein Ende zu bereiten.

#### ■ **Milinkewitsch für Sacharow-Preis nominiert**

Der weißrussische Oppositionsführer **Alexander Milinkewitsch** ist der diesjährige Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit. Darauf einigten sich die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments. Milinkewitsch, der bereits mehrfach Gast in

der Fraktionssitzung war, wurde von der EVP-ED-Fraktion unterstützt. Er wird für seinen gewaltlosen und mutigen Widerstand gegenüber dem Regime in Weißrussland geehrt. Der mit 50.000 Euro dotierte Menschenrechtsspreis ist die höchste Auszeichnung des Europäischen Parlaments und wird seit 1988 vergeben. Der Preis ist nach dem russischen Dissidenten und Träger des Friedensnobelpreises Andrei Sacharow benannt.

#### ■ **Arbeitsprogramm der Kommission für 2007**

Das Europäische Parlament hat über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2007 beraten. Die stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Françoise Grossetête** (Frankreich) begrüßte die Fokussierung auf 21 strategische Initiativen sowie eine Reihe von prioritären Maßnahmen. Im Zuge des Bürokratieabbaus sei sogar über eine weitere Reduzierung der Maßnahmen nachzudenken. Zudem müssten die von der Kommission angekündigten Vorschläge genau auf ihre Vereinbarkeit mit dem Haushaltsplan geprüft werden. Dies betreffe vor allem die Exekutivagenturen. Die EVP-ED-Fraktion begrüße aber das Ziel der Kommission, die Kommunikationspolitik stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Profflich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten